

Antrag

der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, Stefan Keuter, Dr. Malte Kaufmann und der Fraktion der AfD

Krisenanfälligkeit Afrikas reduzieren durch Belebung des afrikanischen Binnenmarktes – Absatzmärkte für Deutschland schaffen und Migration reduzieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Krisenanfälligkeit einer Region führt zur Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung und erzeugt Migrationsbewegungen. Der Krieg in der Ukraine zeigt das derzeit überdeutlich: Trotzdem die Ukraine reich an Rohstoffen wie Erzen, Gas und Ackerboden ist, gelingt es ihr nur ungenügend davon zu profitieren. Seit Beginn des militärischen Konflikts mit Russland liegen Industriezweige brach und es kommt zu Produktionsausfällen. Zusätzlich steigt die Inflation und ausländische Investoren ziehen ihr Geld ab. Millionen Menschen sind innerhalb der Ukraine auf der Flucht und abermalige Millionen sind aus der Ukraine geflohen.

Bedingt durch Kriege, Krisen und Korruption zeigt sich grundsätzlich dasselbe Bild seit Jahrzehnten in Afrika. Der Kontinent ist reich an Öl, Erzen, Mineralien und Ackerfläche. Darüber hinaus wird Afrika ab dem Jahr 2035 das größte Arbeitskräftepotential weltweit besitzen. Gleichzeitig bestehen vor allem ordnungspolitische Hemmnisse, dieses Potential auch auszuschöpfen, um so der einheimischen Bevölkerung ausreichend Perspektiven zu bieten und damit der Auswanderung entgegenzutreten.

Die afrikanischen Politiker sind sich dessen bewusst und versuchen die Entwicklung kontinental und regional auf selbstbestimmte Weise voranzutreiben. Neben der „Agenda 2063“ der Afrikanischen Union sticht hier etwa die Bemühung in der westafrikanischen Region hervor. Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS wurde 1975 mit dem Ziel gegründet, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Westafrika zu fördern. Sie ist die älteste und aktivste regionale Wirtschaftsgemeinschaft auf dem afrikanischen Kontinent. Deutschland unterstützt die Regionalorganisation im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit seit dem Jahr 1985.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, die deutsche Unterstützung zur Erreichung dieser selbstbestimmten afrikanischen Ziele zu intensivieren.

Die Schaffung eines funktionierenden afrikanischen Binnenmarktes ist Voraussetzung für eine krisenfeste Entwicklung Afrikas sowie die Reduzierung der dortigen Migration. Zudem wird so die deutsche Wirtschaft beim Zugang zu und der Vergrößerung von Absatzmärkten unterstützt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die ordnungspolitischen Bemühungen der afrikanischen Staaten zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit noch stärker als bisher zu fördern und mit unserem Wissen zu unterstützen,
2. zu dem Zweck der ordnungspolitischen Ausgestaltung dieses afrikanischen Binnenmarktes, diesen insbesondere bei der Verbesserung der regionalen Investitions- und Handelsstandards im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit aktiv und zielgerichtet zu unterstützen,
3. den wirtschaftlichen Auf- und Ausbau des afrikanischen Binnenmarktes in Verbindung mit der deutschen Privatwirtschaft unter Einbeziehung der afrikanischen Regierungen und der afrikanischen Privatwirtschaft im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu forcieren und im Interesse Deutschlands mitzugestalten,
4. die Staaten der ECOWAS-Währungszone im Zuge der Einführung der westafrikanischen Gemeinschaftswährung „Eco“ im Rahmen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu beraten und auf die Gefahren einer Gemeinschaftswährung hinzuweisen,
5. darauf hinzuwirken, die ökonomischen Chancen, die sich aus dieser Entwicklung ergeben zu nutzen, um Unternehmertum, Handel und Investitionen innerhalb des afrikanischen Kontinents im Interesse Deutschlands auszubauen, um auch für die deutsche Wirtschaft den afrikanischen Kontinent als Absatzmarkt zu erschließen,
6. durch eine konzentrierte, zielführende und realistische wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika, die Abwanderung afrikanischer Fachkräfte durch die Stärkung des afrikanischen Binnenmarktes nach Europa zu unterbinden,
7. durch diese Maßnahmen den afrikanischen Kontinent zu einem nachhaltigen Wachstum zu befähigen und die Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten stärker als bisher herauszustellen.

Berlin, den 16. Mai 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die afrikanische Politik bewegt sich trotz aller Rückschläge, wie jüngst durch die Corona-Pandemie, in die richtige Richtung. Das strategische Konzept der Afrikanischen Union zur Entwicklung Afrikas, die „Agenda 2063“, ist ein Ausdruck des Bewusstseins Afrikas für sich selbst sorgen zu wollen. Ein Schritt in diese Richtung wird mit der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) getan. Ausgangspunkt ist, wie in Afrika insgesamt, die starke ökonomische Fragmentierung. So besteht diese Region aus Ländern, deren nationale Märkte zu klein sind, um Größenvorteile zu erzielen, welche ihnen ein robustes und tragfähiges Wirtschaftswachstum ermöglichen würden. Daher haben sich die Mitglieder der ECOWAS das Ziel gesteckt, eine prosperierende Region zu gestalten, in der die Menschen ohne Handelsbarrieren in Frieden und Wohlstand leben können. Zu den tragenden Säulen, die sich aus diesem Vorhaben ergeben, gehören unter anderem die Vertiefung der wirtschaftlichen und monetären Verflechtung und die Konsolidierung der Mechanismen für die Eingliederung in den Weltmarkt (<https://ecowas.int/>).

Diese ordnungspolitischen Bemühungen nehmen in konkreten Projekten Gestalt an. Insbesondere Infrastrukturprojekte unterstützen die wirtschaftliche Entwicklung. Sie dienen der Verbindung der Staaten untereinander in den Bereichen des Straßenbaus, der Telekommunikation, der Energieversorgung sowie des See- und Luftverkehrs. Mehrere hydraulische und thermische Kraftwerke befinden sich derzeit im Bau. Geplant ist zudem der Ausbau der maritimen Gaspipeline nach Mauretanien und Marokko, die Nigeria derzeit mit Ghana verbindet. Verkehrstechnisch werden die Staaten der Region von West nach Ost verbunden, vor allem durch den Bau der Küstenstraße zwischen Dakar und Lagos und der transsaharischen Straße von Dakar nach Kano im Norden Nigerias. Hinsichtlich des Luftverkehrs wurden Vorschriften harmonisiert, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Schließlich arbeitet die Region im Bereich des Seeverkehrs an der Gründung eines regionalen Küstenschiffahrtsunternehmens, um eine Alternative zum Straßenverkehr entlang der Küste anzubieten und um die Kosten zu senken (<https://www.ecowas.int/ecowas-sectors/infrastructure/>).

Die Antragsteller begrüßen diesen selbstbestimmten Zusammenschluss, um Entwicklungshemmnisse zu überwinden und wirtschaftlich zu wachsen. Eine intensiverte deutsche Unterstützung trägt zur Schaffung eines funktionierenden afrikanischen Binnenmarktes und zu einer Verbesserung der handelspolitischen Voraussetzungen bei, von denen auch deutsche Unternehmen profitieren. Die Chancen stehen hier günstig, denn die neuen regionalen Investitionsnormen und Standards von ECOWAS sehen eine Abschaffung von regulatorischen Überschneidungen, Lücken, Unvereinbarkeiten und veralteten Maßnahmen vor. Insbesondere Bürokratieabbau und Rechtsicherheit sind hier zu nennen (<https://ecowas.int/about-ecowas/fundamental-principles/>). Die Bundesrepublik kann hier beraten und dadurch den afrikanischen Binnenmarkt mitgestalten.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, stärker als bisher auf endogene Potentiale der Partnerländer bzw. -regionen einzugehen und die Souveränität der jeweiligen Partner wertzuschätzen. Daher soll die Bundesregierung die selbstbestimmte Konstituierung des westafrikanischen Binnenmarktes massiv unterstützen. Damit ist nicht nur Afrika geholfen, sondern im Sinne einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe auch der Bundesrepublik Deutschland.

